

NACH DER VERTRAGSARBEIT

Ein Werkstattbericht zu Verschränkungen von Migration und Transformation am Beispiel Dresdens

Unter dem Titel „...er ist wie du!‘ Ausländer der Dritten Welt als ArbeiterInnen in Dresden“¹ erschien Ende März 1990 in der Dresdner Ausgabe der (vormaligen) Parteizeitung der Ost-CDU DIE UNION in der Rubrik „Ausland und Ausländerproblematik“ ein Artikel, in dem der Journalist und Pfarrer Lothar Petzold die spätere Ausländerbeauftragte der Stadt, Marita Schieferdecker-Adolph, interviewte.² Angeleitet von der rhetorischen Frage, ob „diese so ganz anders als wir“ seien, erkundigte er sich nach den Erfahrungen, die die Jugendsozialdiakonin des Stadtjugendpfarramtes in der „Ausländerbetreuung“ gemacht hatte. Den kurzen Artikel beschließt ein Appell, der sich auf das gleich zu Anfang eingeführte Gebot Martin Bubers stützt sowie auf die neu gewonnene Reisefreiheit der DDR-Bürger*innen verweist: „Vom ICH zum DU ist es nicht weiter als einen Blick, einen Schritt, eine Handreichung – wer solche Entfernungen überbrückt, ist ein Weltreisender.“

Der Artikel veranschaulicht die öffentliche Beschäftigung und Aushandlung um die gesellschaftliche Position der ‚Ausländer‘ in der späten DDR bzw. auf dem Weg in die Vereinigungsgesellschaft. Aufmerksamkeit und Interesse für die in der DDR lebenden ‚Ausländer‘ und ihre Lebenssituation entstand außerhalb eines offiziellen ‚Solidaritäts- und Gleichberechtigungsdiskurses‘³ erst spät. Der staatlich sanktionierte Diskurs über ‚Ausländer‘, insbesondere die Vertragsarbeiter*innen, hatte noch ein Jahr vor dem Interview „ein vertrauensvolles Klima und Verständnis für ihre Situation“⁴ festgestellt, führte dieses doch dazu, „sich in den Arbeitskollektiven und Wohnorten wohl zu fühlen.“ Demnach „funktioniert[e] das Zusammenleben und Zusammenarbeiten zwischen ausländischen Werkträgern und DDR-Bürgern im Wesentlichen gut, problemlos natürlich nicht.“ Allerdings waren es gerade die hier als alltäglich-normal verschleierte Probleme, welche jene

1 Lothar Petzold, „...er ist wie du!“ Ausländer der Dritten Welt als ArbeiterInnen in Dresden, in: DIE UNION v. 28.3.1990, S. 5.

2 Vgl. Carl Christoph Schweitzer u. a. (Hg.), Lebensläufe – hüben und drüben, Wiesbaden 1993, hier: „Lothar Petzold, Zeuthen/Dresden“, S. 303-310. Zur Entwicklung der Presse zuletzt Mandy Tröger, Pressefrühling und Profit, Köln 2019.

3 Jessika Haack, Ausländer in der DDR im Spiegel der überregionalen DDR-Tagespresse. Eine Analyse der Berichterstattung von den Anfängen der DDR bis zur Wiedervereinigung, in: Kim Christian Priemel (Hg.), Transit|Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945-1990, Berlin 2011, S. 247-271, hier S. 264. Siehe auch Ann-Judith Rabenschlag, Völkerfreundschaft nach Bedarf. Ausländische Arbeitskräfte in der Wahrnehmung von Staat und DDR- Bevölkerung, Dissertation Stockholm 2014.

4 o. Verf., Antwort auf Leserfragen. Wieviel ausländische Werkträgern arbeiten in der DDR?, in: Sächsische Zeitung v. 31.3.1989, abgedruckt in Uli Sextro, Gestern gebraucht – heute abgeschoben. Die innenpolitische Kontroverse um die Vertragsarbeitnehmer der ehemaligen DDR, Dresden 1996, S. 43. Dort auch die folgenden Zitate.

Aufmerksamkeit hatten entstehen lassen und die zumindest teilweise auch im Interview mit der Sozialarbeiterin zur Sprache kamen: problematische Arbeitsbedingungen, soziale Isolation nicht zuletzt aufgrund einer fehlenden gemeinsamen Sprache, mangelnde (kulturelle) Entfaltungsmöglichkeiten in den Wohnheimen, offene Ablehnung, Alltagsrassismus und Gewalt. Daneben bildet der Artikel einen Typus dieses Interesses für ‚Ausländer‘ ab, nämlich einen empathischen und zu diesem Zweck religiöse Deutungsangebote aufzufendenden, auf barmherziger Nächstenliebe beruhenden Interpretationsrahmen.

Der Zeitungsartikel öffnet das Fragefeld für den folgenden Werkstattbericht, in dem das Forschungsfeld der Migrationsgeschichten in der Transformation nach 1989/90 abgesteckt, die relevanten Akteur*innen vorgestellt und Quellenbestände benannt werden sollen. Zunächst heißt das, auf einer konzeptionellen Ebene zu klären, von welchen Personen die Rede ist, die der Artikel als „Ausländer der Dritten Welt“ und als „ArbeiterInnen“ benennt. Dazu gehört auch, auf die mit zeitlicher Distanz von drei Jahrzehnten einigermaßen verstörende Verwendung des Begriffs ‚Ausländer‘ und seine Komposita einzugehen sowie Alternativen zu erläutern. So wenig die Anwesenheit von „ausländischen Werktätigen“ eine eigentliche Neuheit darstellte, bedurfte es im Umbruch 1989/90 dennoch einer Sensibilisierung für deren problematische Lebenslagen und einer Plausibilisierung des wenigstens neu akzentuierten, oftmals überhaupt erst entstehenden Interesses. In ähnlicher Weise gilt es darzulegen, warum eine forschende Auseinandersetzung mit den Geschichten der Vertragsarbeiter*innen weiterhin nützlich und nötig ist. Obwohl die politische, aktivistische und auch (sozial-)wissenschaftliche Beschäftigung recht unmittelbar einsetzte und eine inzwischen beachtlich gewachsene Forschungsliteratur hervorgebracht hat, bleiben für die Zeit um und nach 1989/90 offene Fragen und Leerstellen zu verzeichnen. Diese Lücken geht der Werkstattbericht an, indem er mögliche Zugänge zu Migrationsgeschichten ‚vor Ort‘ aufzeigt, d. h. zunächst einmal Akteur*innen und Initiativen bzw. Organisationen benennt und die zugehörige schriftliche bzw. archivarische Überlieferungssituation darstellt. Schließlich wird eine Auswahl des verfügbaren Materials diskutiert und hierzu exemplarisch auf zwei Formen lebensgeschichtlichen Erzählens zurückgegriffen: einerseits auf Individualpetitionen, die den Sächsischen Landtag in aufenthaltsrechtlichen Fragen erreichten sowie andererseits auf vier in den Jahren 2018 und 2019 geführte lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Vertragsarbeiter*innen.⁵ Vor dem Hintergrund der

5 Das Vorhaben ist im Rahmen eines Projekts am Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde (ISGV) entstanden, das unter dem Titel „Umbruchserfahrungen. Gesellschaftlicher und biografischer Wandel nach 1989 in Ostdeutschland“ nach den ‚Unebenheiten‘ einer Erfolgserzählung von ‚1989‘, ‚Friedlicher Revolution‘ und ‚Deutscher Einheit‘ fragt. Die private und öffentliche Selbstverständigung über (un-)erfüllte Erwartungen und deren Stellenwert in der Gegenwart wird bestimmt von Gegensätzen wie Gewinn/Verlust, Vorher/Nachher oder Ost/West. Doch gerade auch die quer dazu liegenden Transformationserfahrungen der Vertragsarbeiter*innen widerstreben solchen Glättungen. Vgl. Claudia Pawlowitsch und Nick Wetschel, *Warum nicht nach Hause? Umbruchserfahrungen von Vertragsarbeiter*innen in Dresden*, in: Ira Spieker (Hg.), *Umbrüche. Erfahrungen gesellschaftlichen Wandels nach 1989* (Spurensuche. Geschichte und Kultur Sachsens, Bd. 8), Dresden 2019, S. 56-67; siehe weiterhin Peggy Piesche (Hg.), *Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost*, Berlin 2019; Lydia Lierke/Massimo Perinelli (Hg.), *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020 (i. E.); Sandra Matthäus (Hg.), *Der andere Blick auf „den Osten“. Zum Paradigmenwechsel in der Ostdeutschlandforschung*, Bielefeld 2020 (i. E.).

gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Transformation⁶ stellt sich die Frage, wie Vertragsarbeiter*innen diese Zeit erlebten, vor welchen Entscheidungen und Schwierigkeiten sie standen, welche Chancen sich möglicherweise eröffneten und welche Handlungsstrategien wichtig waren oder wurden. Der Bericht soll einen kursorischen Einblick über die genutzten Quellen und den möglichen Erkenntnisgewinn explizieren sowie auf Probleme und Einwände bei der Archivierung und der kritisch fragenden Rekonstruktion dieser Migrationsgeschichte aufmerksam machen.

1) Wer arbeitete als ‚Ausländer*in‘ in Dresden? – Konsequenzen von Fremd- und Selbstbeschreibungen

Begriffliche Setzungen und Entscheidungen eignen sich dazu, gesellschaftliche Zuschreibungen, historische Entwicklungen, Ursachen und Perspektiven hervorzuheben oder zu verbergen. Für die hier zentralen Großbegriffe Migration und Transformation gilt das allemal. Während eine ausführliche Diskussion aus Platzgründen unterbleiben muss, soll ihr Verhältnis, wie es den folgenden Überlegungen zugrunde liegt, kurz skizziert werden:

Migration bedeutet individuelle und biografische Veränderungen und zieht Transformationsprozesse in (lokalen) Gesellschaften nach sich.⁷ Der Umbruch gesellschaftlicher und lebensweltlicher Realitäten um und nach 1989/90 betraf die in der DDR lebenden ‚Ausländer‘ in mancher Hinsicht anders oder existenzieller als die ost- und später gesamtdeutsche Mehrheitsbevölkerung. Rechtsfragen bezüglich des Aufenthaltes und der Arbeit sowie Fragen der Teilhabe und Zugehörigkeit stellten sich vehement. In

6 Dabei wird der Zeitraum geweitet, indem die Auflösung alter (Entdifferenzierung) und der sich daran anschließende Aufbau neuer Strukturen (Redifferenzierung) in die Betrachtung einbezogen werden. Vgl. Lea Heyne/Wolfgang Merkel, Transformationsphasen, in: Raj Kollmorgen/Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Wagner (Hg.), Handbuch der Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 733-739.

7 Vgl. Erol Yildiz, Vom hegemonialen zu einem diversitätsbewussten Blick auf die Migrationsgesellschaft, in: Elka Tschernokoshewa/Udo Mischek (Hg.), Beziehungsgeflecht Minderheit. Zum Paradigmenwechsel in der Kulturforschung /Ethnologie Europas, Münster u. a. 2009, S. 131-144; siehe auch Udo Mischek, Migration bewegt die Stadt, in: Natalie Bayer/Andrea Engl/Sabine Hess/Johannes Moser (Hg.), Crossing Munich. Beiträge zur Migration aus Kunst, Wissenschaft und Aktivismus, München 2009, S. 20-24. Zuletzt überblicksartig: Maren Möhring, Jenseits des Integrationsparadigmas? Aktuelle Konzepte und Ansätze in der Migrationsforschung“, in: Archiv für Sozialgeschichte 58 (2018), S. 305-330, hier S. 311-317. Zwar mit entschiedener Auslassung der DDR-Migrationsgeschichte, jedoch bei gleicher Konsequenz sieht auch Maria Alexopoulou die Notwendigkeit einer Revision der bundesdeutschen Erfolgsgeschichte, sobald die Geschichte der Migration als Korrektiv hinzugezogen wird, vgl. Maria Alexopoulou, Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: Archiv für Sozialgeschichte 56 (2016), S. 463-484, hier S. 469.

diesem Sinne verschränkten sich die Effekte der Migration und Transformation für die Vertragsarbeiter*innen in besonderer Weise.⁸

Begriffe können Menschen auf Funktionen reduzieren, sie eindimensional betrachten und abwerten, eröffnen aber auch die Möglichkeit der selbstbewussten Selbstdefinition. Für die im Folgenden verwendete Bezeichnung als Vertragsarbeiter*innen ist eine kurze Begriffsdiskussion daher angezeigt. Dieser Begriff entstand erst in den 1990er-Jahren, bis dahin war in der DDR – gerade auch in Abgrenzung von den ‚Gastarbeitern‘ der BRD – von ‚ausländischen Werktätigen‘ die Rede.⁹ Quellenbegriffe der Transformationszeit sind außerdem die sich auf ‚Ausländer‘ beziehenden Bezeichnungen sowie „Regierungsabkommensarbeitnehmer“.¹⁰ Während ‚Ausländer‘ als vorgeblich neutrale, rechtliche Kategorie erscheint, aufgrund seines diskriminierenden Gehalts im Text jedoch stets in Anführungszeichen verwendet wird¹¹, ist der formalistische Verwaltungsbegriff sperrig. Christiane Mende bevorzugt den Begriff Arbeitsmigrant*innen.¹² Sie kritisiert die Bezeichnung Vertragsarbeiter*innen als behördlich geprägt, zumal eine Verwechslungsgefahr mit dem für die ‚Gastarbeiter‘ verwendeten Terminus des ‚Werk-

-
- 8 Vgl. Noa K. Ha, Vietdeutschland und die Realität der Migration im vereinten Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28/29 (2020), S. 30-34, hier S. 33. Zur Verschränkung gehört in einem weiteren Sinne auch die 1989/90 überschreitende Einwanderungsgesellschafts-Debatte der BRD. Vgl. zuletzt Patrice Poutrus, Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart, Berlin 2019. Siehe auch International Women* Space (Hg.), „Als ich nach Deutschland kam.“ Gespräche über Vertragsarbeit, Gastarbeit, Flucht, Rassismus und feministische Kämpfe, Münster 2019. Daneben sei auch der (erneute) Impuls einer Verschränkung der Postsozialismus/Postkolonialismus-Diskussion erwähnt. Siehe Sandra Matthäus, ‚Der Osten‘ als Teil ‚des Westens‘ und ‚des Rests‘. Eine unmöglich knappe Skizze der Potenziale postkolonialer Theorien für eine Analyse ‚des Ostens‘, in: femina politica, 2 (2019), S. 130-135.
- 9 Ulrich van der Heyden hängt an dieser akkuraten, jedoch nicht ohne Polemik vorgetragenen Feststellung wesentliche Teile seiner Fundamentalkritik an der bisherigen wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Auseinandersetzung mit dem Phänomen auf, vgl. Ulrich van der Heyden, Das gescheiterte Experiment. Vertragsarbeiter aus Mosambik in der DDR-Wirtschaft (1979–1990), Leipzig 2019, S. 12 f.
- 10 Vgl. Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3662, Mit Fremden leben lernen. Erster Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten, Berichtszeitraum: 1. Juli 1992 bis 30. Juni 1993 vom 4.8.1993; Marion Gemende, MigrantInnen in Dresden. Zur Lebenssituation von AusländerInnen in den neuen Bundesländern, Frankfurt a. M. 1999. Auch vereinzelt bei Katja Illgen, Erfahrungsräume und Lebensgeschichten. Vietnamesen in der DDR und in den neuen Bundesländern, Dissertation Jena 2013.
- 11 Vgl. Maria Alexopoulou, ‚Ausländer‘ – A Racialized Concept? ‚Race‘ as an Analytical Concept in Contemporary German Immigration History, in: Mahmoud Arghavan u. a. (Hg.), Who Can Speak and Who Is Heard/Hurt? Facing Problems of Race, Racism, and Ethnic Diversity in the Humanities in Germany, Bielefeld 2019, S. 45-67; Kien Nghi Ha, Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmigrationspolitik, in: Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.), Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik, Münster 2012, S. 56-107.
- 12 Vgl. Christiane Mende, Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989. Zwischen Rassismus und Kampf um Rechte, in: Miriam Höppner u. a. (Hg.), Kritische Migrationsforschung? Da kann ja jeder kommen, Berlin 2012, S. 103-122. Vgl. auch Anm. 3. An anderer Stelle hat Mende das von Paul Mecheril inspirierte Begriffspaar ‚Migrationsandere‘ und ‚Nicht-Migrations-Andere‘ zur Debatte gestellt. Das analytisch hilfreiche Konzept erscheint hier aber zu unspezifisch, da nicht an lebensgeschichtliche Erfahrungen angeschlossen. Vgl. Christiane Mende, (Arbeits-)Migration aus der Volksrepublik Mocambique in die Deutsche Demokratische Republik (1979–1989/90), Magisterarbeit, HU Berlin 2010.

vertragsarbeiters', bei dem stets der befristete Aufenthalt betont sei, bestehe. Ebenso blende dieser Begriff strukturellen Rassismus aus. Gegenüber dem letztlich sehr allgemeinen Begriff der Arbeitsmigration¹³ schließlich erlaubt das Kompositum mit ‚Vertrag‘ nicht nur den Anschluss an den spezifisch historischen Zusammenhang und die ebenso spezifische Problematik des abrupten Wegfalls des Vertragspartners DDR. Hinter der Benennung als Vertragsarbeiter*innen steht außerdem ein auf Sichtbarkeit und legitime Zugehörigkeit zielendes Narrativ, dass aktiv aus der Community der (vietnamesischen) Vertragsarbeiter*innen heraus konstruiert worden ist.¹⁴ Mit den Vertragsarbeiter*innen liegt somit eine gängige und selbst geschaffene, wenn auch nicht unproblematische Bezeichnung vor.

2) Offene Fragen zur Geschichte der Vertragsarbeiter*innen nach der Vertragsarbeit

Die politische, aktivistische und zunächst sozial-, alsbald kultur- und geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit den Vertragsarbeiter*innen der DDR in den letzten drei Jahrzehnten lässt sich nicht als kontinuierlich, jedoch konjunkturell wiederkehrend charakterisieren. Der vorliegende Kenntnisstand hat einen Schwerpunkt in der DDR-Zeit und legt den Fokus auf die quantitativ wichtigste Gruppe der Vietnames*innen. Hinsichtlich der Zeit nach 1990 gilt (wenn auch nicht in dieser Absolutheit): „Die Perspektive der ehemaligen Vertragsarbeiter und Vertragsarbeiterinnen in der DDR fehlt sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der historiografischen Forschung.“¹⁵

13 Vgl. Maren Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 59 (2019), S. 445-494, hier S. 446-449.

14 Vgl. Pipo Bui, *Envisioning Vietnamese Migrants in Germany. Ethnic Stigma, Immigrant Origin Narratives and Partial Masking*, Münster 2001, S. 116-143.

15 Möhring, *Jenseits des Integrationsparadigmas?* (wie Anm. 13), S. 483. Siehe neben ebd., S. 480-483, fortlaufend, jedoch unregelmäßig ergänzt: Jennifer Sophia Theodor (Hg.), *Online-Bibliografie zur Migration in die DDR*, <https://www.projekte.hu-berlin.de/de/migrationddr/projekte/bib> [Aufruf am 15.7.2020]. Siehe auch die erschöpfende Literaturliste bei van der Heyden, *Das gescheiterte Experiment* (wie Anm. 9). Überblicke finden sich in Patrice Poutrus, *Migranten in der „Geschlossenen Gesellschaft“. Remigranten, Übersiedler, ausländische Studierende, Arbeitsmigranten in der DDR*, in: Jochen Oltmer (Hg.), *Handbuch Staat und Migration vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Berlin/Boston 2016, S. 967-995, sowie bei Kristin Wundt, *Vom Delegierten der sozialistischen Moderne zum gläubigen Zuwanderer? Religiöser Wandel vietnamesischer Migranten in der DDR und Ostdeutschland*, Berlin/Münster 2012, S. 70 ff. und 84 ff., und Almut Zwengel, *Die DDR und ihre MigrantInnen. Lebensverhältnisse von Vertragsarbeiterinnen und Fremdenfeindlichkeit*, in: *DEMOKRATIE gegen Menschenfeindlichkeit* 2017, Nr. 2, S. 115-126. Eine deutsch-deutsche Migrationsgeschichte erproben Bengü Kocatürk-Schuster u. a. (Hg.), *unsichtbar. Vietnamesisch-Deutsche Wirklichkeiten*, Köln 2017. Aus einem laufenden Forschungsprojekt zur Erfahrungs- und Einstellungsgeschichte der späten DDR und Ostdeutschlands berichtet Carsta Langner, *„Affen und Banditen“ – über die historische Rekonstruktion von Rassismus und rechter Gewalt in der späten DDR*, in: *Wissen schafft Demokratie* 7. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena 2020, S. 100-109.

Für Dresden als Untersuchungsort lässt sich trotz punktuell vorliegender Forschungsarbeiten¹⁶ sowie erinnerungskultureller Interventionen¹⁷ und partizipativ-künstlerischer Adaptionen¹⁸ die benannte Leerstelle nachvollziehen. Anhand aktueller Projekte scheinen aber auch bisher weniger präsenste Themen und Interessen auf, die auf die Aufmerksamkeit für sowie die Sicherung von migrantischen Erfahrungs- und Wissensbeständen zielen: So werden etwa die für die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen in der Erinnerung an die Transformationszeit zentralen Gewalterfahrungen in der Webdokumentation „gegen uns“¹⁹ thematisiert. Stadtrundgänge sollen angeboten werden, um den Alltag und die Orte des Lebens von Vertragsarbeiter*innen sichtbar zu machen.²⁰ Einen ähnlichen Ansatz historisch-politischer Bildung auf lebensgeschichtlicher Grundlage verfolgt das von der Vernetzung der Landesnetzwerke und Landesverbände der Migrant*innenorganisationen in den neuen Bundesländern initiierte Projekt „Mi*story. Migrationsgeschichten in und aus Ostdeutschland“.²¹ Dabei gewinnt zunehmend auch die Generation der Kinder von Vertragsarbeiter*innen an Aufmerksamkeit.²² Schließlich gab es im Jubiläumsjahr der ‚Friedlichen Revolution‘ 2019 Veranstaltungen, die die Abwesenheit der Vertragsarbeiter*innen in diesem erinnerungskulturellen Feld problematisierten.²³

3) Migration und Transformation in den Akten – Archivalien im Transit

Im Folgenden werden die Möglichkeiten und Grenzen des Zugangs zu sowie des Aussagewertes von archivalischen und empirischen Materialien diskutiert, die zur Schließung der aufgezeigten Lücke heranzuziehen sind. Die Zusammenschau entspringt dabei sehr

16 Vgl. Gemeinde, MigrantInnen in Dresden (wie Anm. 10). Siehe ferner zwei Interviews mit Menschen, die in der ‚Ausländerbetreuung‘ engagiert waren, bei Irene Götz, *Deutsche Identitäten. Die Wiederentdeckung des Nationalen nach 1989*, Köln/Weimar/Wien 2011, hier S. 307-319.

17 Vgl. Anne Kirchberg, *Ausländische „Vertragsarbeitskräfte“ in Ostdeutschland vor und nach 1989/90 – politische Rahmenbedingungen und biografische Erfahrungen*, in: *Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. (Hg.), Himmelweit gleich? Europas ‘89*, Dresden 2010, S. 92-97.

18 Vgl. <https://www.rimini-protokoll.de/website/de/project/vung-bien-gi-7899-i> [Aufruf am 7.7.2020].

19 Vgl. <https://gegenuns.de/> [Aufruf am 7.7.2020].

20 Vgl. <https://querstadtein.org/stadtfuehrungen/dresden/dresdner-migrationsgeschichten/> [Aufruf am 6.7.2020].

21 Vgl. https://www.damost.de/projekte/projekte-zeitzeug*innen-/projektbeschreibung/ [Aufruf am 6.7.2020].

22 Siehe etwa Olivia Wenzel, *1000 serpentinae angst*, Frankfurt a. M. 2020. Die Hauptfigur des stark autobiografischen Romans ist Tochter eines angolanischen Vertragsarbeiters und einer DDR-Bürgerin.

23 Veranstaltung „Das #Meinwanderungsland in Dresden“ des DOMiD e.V. am 13./14. April 2019, vgl. <https://www.meinwanderungsland.de/termin/dresden-13-04-15-04-2019-ausstellungs-und-erzählplattform> [Aufruf am 6.7.2020]; Veranstaltung „Rassismus, Migration und die Konstruktion des ‚Fremden‘ in der DDR“ der Initiative *spot_the_silence* am 5. Juli 2019 im Kunsthaus Dresden, vgl. <https://www.facebook.com/spotthesilence/photos/pcb.1195474387323513/1195474063990212/?type=3&theater> [Aufruf am 6.7.2020]. Siehe Claudia Pawlowitsch/Nick Wetschel, *Was tun, wenn man nicht zum ‚Volk‘ gehört? – ‘89 und die An-/Abwesenheit von Vertragsarbeiter*innen*, Vortrag Tagung „Erbe ‘89. Politisierung der Erinnerung – Deutungsversuche und Erklärungsansätze“, 29./30.11.2019, Universität Leipzig.

unterschiedlichen Provenienzen aus kommunalen und staatlichen Archiven sowie dem Bundesarchiv; außerdem wurden Sammlungen von Vereinen und Initiativen bzw. exemplarisch erhobene Interviews berücksichtigt. Drei grundlegende Probleme der Zugänglichkeit gelten übergreifend. Erstens: Die Differenz zwischen einer Fragestellung mit lokalem Bezug und der weiten Streuung der Informationen und Dokumente. So sind neben dem Dresdner Stadtarchiv (im Folgenden: StA Dresden), dem Archiv des Sächsischen Landtags (im Folgenden: SLTArch) und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv (im Folgenden: HStA Dresden) auch Akten auf gesamtstaatlicher Ebene beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (im Folgenden: BStU) anzufordern bzw. in Berlin im Bundesarchiv (im Folgenden: BArch) einzusehen. Schließlich lagern einige potenziell interessante Unterlagen Dresdner Provenienz in der Sammlung des Dokumentationszentrums und Museums über die Migration in Deutschland in Köln. Zweitens: Die Unterlagen der Verwaltung zirkulieren zum Teil noch in den Behörden oder sind bereits an Zwischen- und Endarchive abgegeben. Mit Blick auf die gesetzliche Aufbewahrungsfrist von 30 Jahren stellt sich die Frage, in welchem Umfang Dokumente im Endarchiv dauerhaft überliefert und damit Teil des gesellschaftlichen Gedächtnisses werden. Dies gilt auch für Unterlagen aus Vereinen und Initiativen, die nicht an Archivgesetze gebunden sind. Von der Entscheidung hängt auch ab, ob und wie der Grundstein für die Überlieferung von Migrationsgeschichte(n) gelegt wird. Drittens: In dieser Transit-Situation der schriftlichen Überlieferung bilden Vertrauen und Einverständnis wichtige Größen im Forschungsprozess. Die Einsichtnahme der Unterlagen ist an diverse Zugänglichkeitsbedingungen (Schutzfristverkürzungen) geknüpft und damit auch vom umgangssprachlich ‚guten Willen‘ und dem Vertrauen in einen adäquaten Umgang mit dem Material abhängig, was v. a. für die Sammlungen der Migrant*innen(selbst)organisationen gilt. Noch einmal stärker greifen Vertrauen und Einverständnis bei der Anbahnung von und Bereitschaft zu Interviews. Trotzdem lässt sich eine durchaus reichhaltige Überlieferung ausmachen. Sie ist eng geknüpft an die Genese der sie bildenden lokalen Institutionen und Akteur*innen.

In Dresden hatte es, wie Karin Ulrichs Studie zur Dresdner Bürgerbewegung zu entnehmen ist, in der INKOTA Entwicklungshilfe-Gruppe um Ulrich Baumgart bereits Ende 1988 Bestrebungen zu einer nun nach innen gewendeten Auseinandersetzung mit den Problemen der Menschen der sogenannten Dritten Welt gegeben. Sie mündete 1989 in Zusammenarbeit mit dem Cabana-Projekt als Treffpunkt deutscher und ‚ausländischer‘ Arbeiter.²⁴ Für die frühen 1990er-Jahre und bis in die Gegenwart stellt das Projekt einen bedeutenden ökumenischen Anlaufpunkt dar. Außerdem finden sich im Zusammenhang mit der Demokratisierung der Dresdner Stadtpolitik Hinweise auf die „Zeitweilige Arbeitsgruppe zur Integration ausländischer Werkträger in das gesellschaftliche Leben der Stadt Dresden“ (im Folgenden: ZAG). Sie war auf Bestreben Baumgarts am 23. November 1989 in der Stadtverordnetenversammlung eingerichtet worden und trat ab dem 6. Dezember zusammen. Zu ihren Aufgaben gehörte die Koordinierung der Arbeit des Cabana-Treffs mit der Initiative

24 Vgl. Karin Ulrich, *Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90*, Köln 2001, S. 31.

Nationalitätenzentrum RING, die ebenfalls eine wichtige Rolle in der künftigen zivilgesellschaftlichen ‚Ausländerarbeit‘ spielen sollte.²⁵ Zu der von der ZAG eingeforderten kommunalen Ausländerbeauftragten findet sich in den bisher vorliegenden Untersuchungen leider keine Information.²⁶ Die Ausländerbeauftragten in den Kommunen der sich demokratisierenden DDR wurden in jeweils ortseigenen Verfahren eingesetzt und gingen meist auf bürgerschaftliche Initiativen in Foren und Runden Tischen zurück, die sich ggf. von Seiten westdeutscher Äquivalente hatten beraten lassen. Sie wurden bereits vor der Einsetzung einer republikweiten Ausländerbeauftragten diskutiert, jedoch erst nach der Einsetzung Almuth Bergers realisiert. DDR-weit am frühesten gelang es wohl am 2. Mai 1990 in Leipzig, einen Beauftragten einzusetzen, in Magdeburg erst 1994. Dresdens erste Ausländerbeauftragte, Marita Schieferdecker-Adolph, erinnert sich in ihren Abschlussbemerkungen aus Anlass der Amtsübergabe um 2001 an ihren Arbeitsbeginn zum 10. September 1990.²⁷

Die frühe Überlieferung der *Ausländerbeauftragten* besteht neben den Jahresberichten aus nach verschiedenen Kriterien geordneten, sehr heterogenen Dokumenten. Sie befand sich zum Zeitpunkt der Recherche im Zwischenarchiv, konnte also vor einer möglichen Kassation eingesehen werden. Eine Sortierung in Form von Ablieferungsverzeichnissen lag vor, wodurch eine Vorauswahl möglich wurde.²⁸ Der größte Teil der Dokumente betrifft die Probleme der Vertragsarbeiter*innen. Zuschriften dienten der Ausländerbeauftragten als Beispiele in ihren Berichten an die Stadtverordnetenversammlung. Gerade die so öffentlich gemachten Briefe finden sich in der Überlieferung jedoch nicht wieder. Vermutlich sind vor allem komplexere Vorgänge und hinsichtlich der Schärfe der geäußerten Ablehnung bzw. der angebotenen Unterstützung ausnahmeartige Zuschriften aufgeho-

25 Vgl. Michael Richter/Erich Sobeslavsky, Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, Köln 1999, S. 140 u. 163. Vgl. StA Dresden, 4.2.1 – 292 4. und 5. Tagung der Stadtverordnetenversammlung, 22.-23.11.1989, fol. 59 AG, „Integration der ausländischen Werktätigen in das gesellschaftliche Leben der Stadt Dresden“. Siehe auch BArch DC 211/18, Angebote von Unterstützung und Mitarbeit, Brief von ZAG an Ministerium für Arbeit und Löhne vom 27.2.1990. Als alternative Bezeichnung findet sich bei Piesche, Labor 89 (wie Anm. 5), S. 67, „Nationalitätenkommunikationszentrum RING“.

26 Vgl. Marianne Krüger-Potratz, Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster u. a. 1991; Eva Kolinsky, Das Ende der Unberatenheit. Ausländerbeauftragte in Ostdeutschland, in: Karin Weiss/Mike Dennis (Hg.), Erfolg in der Nische. Die Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland, Münster 2005, S. 151-165.

27 Vgl. Kolinsky, Das Ende der Unberatenheit (wie Anm. 26), S. 152 f. u. 155; Axel Philipps/Dieter Rink, Zuwanderung und Integrationspolitik in einer schrumpfenden Stadt: Das Beispiel Leipzig, in: Frank Gesemann/Roland Roth (Hg.), Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft. Migration und Integration als Herausforderung von Kommunen, Wiesbaden 2009, S. 399-413, hier S. 406; vgl. auch BArch, DC 211/1, o. Nr. Briefwechsel Marita Schieferdecker-Adolph/Mario Sander, 26.3.1990/9.4.1990 sowie Handapparat der Integrations- und Ausländerbeauftragten der Stadt Dresden, Abschlussbemerkungen Marita Schieferdecker-Adolph, 14seitiges Typoskript (wohl 2001), S. 5.

28 Die Unterlagen sind momentan noch nicht in der Tektonik des Stadtarchivs verzeichnet, werden dort wohl aber der Signatur StA Dresden, 17.2.1 – C088, Ausländerbeauftragte/Ausländerbeirat zugeordnet werden. Die eingesehenen Altsignaturen lauten OB/BEAUFTR/INAUSLB 18 31, 4925/3, <Rechtsextremismus>; Bereich Abbau gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit; OB/BEAUFTR/INAUSLB 18 31, 4925/6, <Fraktionen>; OB/BEAUFTR/INAUSLB 18 31, 4925/7, <externe Projekte/Vereine>; OB/BEAUFTR/INAUSLB 18 31, 4925/9, <national/international>; OB/BEAUFTR/INAUSLB 18 31, 4925/9, <allg./Reden>.

ben worden. Die Relevanz solcher Zuschriften sollte insgesamt vor dem Hintergrund der in der DDR üblichen Eingabep Praxis eingeschätzt werden.²⁹

Neben der schriftlichen Überlieferung konnte auf Tonaufnahmen der Dresdner *Stadtverordnetenversammlung* zurückgegriffen werden. Ohne diese Audiodokumente müsste das Sprechen über ‚Ausländer‘ im Stadtrat eine Leerstelle bleiben, da erst mit Einführung der Sächsischen Gemeindeordnung vom 1. Januar 1994 an Niederschriften erstellt worden sind, die über formale Vermerke hinaus gehen.³⁰

Das *Café Cabana* bestand als vermutlich früheste Initiative zur ‚Ausländerarbeit‘ in Dresden seit Mai/September 1989.³¹ Später wurde es als ‚Cabana – Begegnungs- und Beratungszentrum für In- und AusländerInnen‘ Teil des Ökumenischen Informationszentrums (im Folgenden: ÖIZ). Das Infozentrum feierte vom 7. bis 12. Januar 1991 seine Eröffnung, u. a. mit einem Forum ‚Ausländer in unserer Stadt‘.³² Bestreben des institutionalisierten Treffens war es, „offen [zu] sein für alle, die ihre 4 Wände satt haben, seien es die Wände des Asylbewerberheimes, durch die jeder Laut klingt, oder die eigenen“³³, und so ein Begegnungsangebot zu stiften, das dem persönlichen Austausch diene, aber auch Informationen über verschiedenste Aspekte ‚fremder‘ Lebenswelten vermitteln sollte. Darüber hinaus gehörten die Vernetzungsarbeit innerhalb kirchlicher Räume sowie die konkrete Beratung von ‚Ausländer*innen‘ zum Aufgabenfeld. Unterlagen sind jedoch lediglich im Umfang eines Aktenordners zugänglich, die anhand der monatlichen Veranstaltungsankündigungen des Zentrums über die thematischen Schwerpunkte der Arbeit bzw. anhand weiterer Schriftstücke in deutlich geringerem Umfang über deren Vorbereitung informieren. So wurde im April 1992 ein Seminar unter dem Titel ‚Ausländer raus – mit aller Gewalt! Seminar zur Ausländerproblematik in unserer Stadt‘³⁴ organisiert, das der Ankündigung nach die Perspektiven von Engagierten, Betroffenen von Gewalt und der Polizei aufgreifen sollte sowie schließlich eine Analyse

29 Vgl. 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, 13.12.1990, Bd. 110, TOP 3 Bericht zur Situation der Ausländer in der Stadt Dresden, Track 2 (02:20-17:56), Marita Schieferdecker-Adolph; 21. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, 18.4.1991, Bd. 167, TOP 2 Aktuelle Stunde zur Situation der Ausländer in Dresden, Track 6 (00:27-15:11), Marita Schieferdecker-Adolph. Siehe auch BArch DC 211/17, o. Nr., Typoskript zu Vortrag von Almuth Berger am 16.11.1990; Tagung des Bundes deutscher Kriminalbeamter: Ausländer – Ausländerfeindlichkeit – wachsender Extremismus. Hier diene eine anonyme, antisemitische Zuschrift, unterzeichnet vom ‚Volk der DDR‘ als Vortragseröffnung. Zur Bedeutung von Eingaben siehe u. a. Siegfried Suckut, Volkes Stimmen. „Ehrlich, aber deutlich“ – Privatbriefe an die DDR-Regierung, München 2016, und Anja Schröter, Eingaben im Umbruch. Ein politisches Partizipationselement im Verfassungsgebungsprozess der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Zentralen Runden Tisches 1989/90, in: Deutschland Archiv 2012, H. 1, S. 50-59. In den Amtsblättern der Stadt finden sich noch im Sommer 1990 kurze Überblicke über eingegangene Eingaben, vgl. Dresdner Amtsblatt 4 (13. Juli 1990), Dresdner Amtsblatt 11 (31. August 1990).

30 Schriftliche Auskunft Sachgebietsleiterin Stadtratsangelegenheiten vom 19.6.2018.

31 Vgl. für das Datum Mai 1989 in Nah&Fern. Ein Material und Informationsdienst für ökumenische Ausländerarbeit 1989, H. 1, S. 8, und Adina Hänel, Idee Café Cabana wurde Wirklichkeit, in: Die Union v. 21.9.1989, abgedruckt in Nah&Fern 1989, H. 2, S. 10.

32 Vgl. Ökumenisches Informationszentrum, Ordner „ÖIZ – Geschichte“, o. Nr., Arbeitskonzeption Ökumenisches Informationszentrum, Stand November 1991.

33 ÖIZ, ‚ÖIZ-Geschichte‘, o. Nr. Veranstaltungsankündigung Juni 1993, „Café Cabana braucht dringend Verstärkung“.

34 ÖIZ, ‚ÖIZ-Geschichte‘, o. Nr. Veranstaltungsankündigung April 1992.

Auswertung der Fragebögen für ausländische MitbürgerInnen
Den Fragebogen füllten 69 ausländische MitbürgerInnen aus.

Angaben zur Person

1. Geschlecht

Frauen	24	35%
Männer	45	65%
2. Alter

jünger als 30J. 62	90%
--------------------	-----
3. Heimat

Afrika	46	67%
Lateinamerika	11	16%
Asien	9	13%
Europa	2	
Nordamerika	1	
4. Grund des DDR-Aufenthalts

Studium	28	41%
Berufstätigkeit	26	38%
Beruf erlernen	13	19%
familiär	2	

Erfahrungen im Kontakt zu DDR-Bürgern

1. freundschaftliche Beziehungen

keinen Kontakt	9	13%
freundschaftliche Beziehungen	30	43%
2. überwiegend gute bis sehr gute Erfahrungen

Erfahrungen	51	74%
-------------	----	-----
3. der größte Teil der Deutschen reagiert ablehnend und aggressiv auf ausländische MitbürgerInnen

MitbürgerInnen	16	23%
----------------	----	-----
4. die Umwelt reagiert auf hier lebende Ausländer negativ

negativ	22	32%
---------	----	-----

Befindlichkeit in der DDR

1. fühlen sich gern gesehen und herzlich aufgenommen

aufgenommen	30	43%
-------------	----	-----
2. weniger gut aufgenommen oder abgelehnt

abgelehnt	36	52%
-----------	----	-----

Eine Umfrage des IZ & RING-Nationalitätenzentrums von März-Mai 1990

Abb. 1 Teil der Auswertung eines Fragebogens, durchgeführt durch den Verein RING im Auftrag der Dresdner Stadtverordnetenversammlung (Privatarchiv Marita Schieferdecker-Adolph).

zusammenhänge mit Cabana erschlossen werden konnten.³⁶ Bemerkenswert ist eine in Arbeitsgruppen ausgeprägte organisatorische Struktur – Kulturangebote, soziale Betreuung in Wohnheimen, Kindergruppe, Frauengruppe, Rechtsprobleme, Erhebungen zur Lebenssituation ‚ausländischer‘ Bürger in der Stadt –, die eine vergleichsweise große Mitgliederzahl vermuten lässt. Bemerkenswert ist weiterhin eine frühe Präsenz in den lokalen Presseerzeugnissen, die einer Sichtbarkeit über den überschaubaren Kreis der mit ‚Ausländerarbeit‘ beruflich oder politisch befassten Personen hinaus verdeutlicht. Die Union kündigte am 25. Januar 1990 einen Wochenendworkshop im Jugendclub Scheune an, der unter Teilnahme einer gleichnamigen (Ost-)Berliner Gruppe sowie

des Rassismus nebst eines Handlungstrainings vorsah. Im Mai 1992 hatte der Sächsische Justizminister Steffen Heitmann, der wenige Wochen zuvor durch seine Rede von einer identitätsbedrohenden „Fülle von Ausländern“³⁵ seinen Standpunkt in der ‚Asyldebatte‘ markiert hatte, aus der kirchlichen Bürgerbewegung kommend, „in alter Verbundenheit“ seine Teilnahme an einer „Gesprächsrunde über Ausländerpolitik“ zugesagt. Derlei Veranstaltungen verweisen auf kontroverse Aushandlungen des Migrations- und Gewaltgeschehens, auch wenn ihr Verlauf und die sie begleitenden Diskussionen nicht mehr im Einzelnen nachvollzogen werden können.

Die Initiative *Nationalitätenzentrum RING Dresden* entstand im November 1989 wohl auch in bewusster Distanz bzw. als Alternative zur kirchlichen Arbeit, während in Vorbereitung der ersten „Woche des ausländischen Mitbürgers“ gemeinsame Handlungs-

35 ÖZ, ‚ÖZ-Geschichte‘, o. Nr. Schriftverkehr zur Vorbereitung einer Gesprächsrunde über Ausländerpolitik am 15. Mai 1992; die entsprechend beiliegende dpa-Pressemeldung hatte sich das ÖZ am 6. April faxen lassen. Vgl. auch o. Verf., Heitmann fühlt sich mißverstanden. Sachsens Justizminister bleibt jedoch bei seinen Äußerungen zur Ausländerfrage, in: Die Union v. 10.4.1992, S. 1.

36 Vgl. Nah&Fern 1990, H. 3, S. 10, und Handapparat der Integrations- und Ausländerbeauftragten, Marita Schieferdecker-Adolph, Projektbericht und Praxisbericht von September 1989 bis Oktober 1990 des 3. Fürsorglichen Aufbaukurses, Dresden [wohl 1990], S. 16. Siehe auch Sylvia Protze, „Gemeinsam würdiges Leben führen“. Woche des ausländischen Mitbürgers beginnt heute, in: Sächsische Zeitung v. 22./23.9.1990, S. 15.

der West-Berliner Initiative Schwarze Deutsche stattfinden sollte. Sie berichtete entsprechend am 6. Februar, u. a. über die Auseinandersetzung mit der Problematik eines Asylrechts in der DDR hinsichtlich der Personen, die vor der zwangsweisen Rückkehr in sozialistische Staaten standen bzw. schon rückbeordert wurden.³⁷ Es gibt keine eigene schriftliche Überlieferung der später als Verein geführten Initiative. Nach Auskunft ehemaliger (Gründungs-)Mitglieder existiert keine Dokumentation, und eine Recherche in den im Stadtteilarchiv Neustadt befindlichen Unterlagen des für die Arbeit der Initiative zentralen Jugendclubs Scheune lieferte ebenfalls keine Funde. Die Arbeit des Vereins franste vergleichsweise schnell aus, und seine Mitglieder arbeiteten (auch) in anderen Zusammenhängen.³⁸

Am 13. November 1990 berichtete die Sächsische Zeitung über ein Treffen von Vertreter*innen verschiedener Initiativen, der städtischen Ausländerbeauftragten und weiterer interessierter Personen auf Anregung des RING. Sie waren in der Dreikönigskirche zusammengekommen, um sich über Probleme und gemeinsame Formen der Selbstorganisation und des Engagements in Dresden auszutauschen. Dabei wurde ein als Verein organisierter *Ausländerrat* als „geballte Kraft gegenüber den Behörden für ‚alteingesessene‘ und neu hinzukommende Ausländer“³⁹ mehrheitlich befürwortet. Der Ausländerrat Dresden gründete sich am 12. Dezember 1990. Hier sieht der Zugang zur Überlieferung nur graduell günstiger aus. Umfangreiche Unterlagen sind zwar vorhanden, aber nur in eine kleine Auswahl wurde Einsicht gewährt. Die übrigen Bestände sind aufgrund des ohnehin anfallenden Aufgabenpensums der Mitarbeiter*innen und Engagierten bisher nicht gesichtet worden und die Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes von Seiten des Ausländerrates groß. Das ist insbesondere deshalb eine erhebliche Einschränkung, da die Aktivitäten des Ausländerrates im Untersuchungszeitraum nicht unterschätzt werden können. Im Ausländerrat ist vermutlich ein großer

37 Vgl. o. Verf., Erster Workshop in der „Scheune“, in: DIE UNION v. 25.1.1990, S. 6; M. K., Ein Problem, das nicht nur „chic“ ist. Notwendigkeit für gesetzlich fixiertes Asylrecht für Ausländer ist unumgänglich, in: DIE UNION v. 6.2.1990, S. 8. Freilich war die Frage eines Asylrechts in der DDR trotz der Episode der Einreisebeschränkungen letztlich obsolet, da mit dem Beitritt zum Geltungsbereich des bundesdeutschen Grundgesetzes auch dessen Asylrechtsregelungen gültig wurden. Vgl. in dieser Hinsicht auch das Angebot von Expertise in einem Schreiben eines im März 1990 an der Universität Halle-Wittenberg zum Problem des bundesdeutschen Asylrechts promovierten Juristen an Almuth Berger vom 24.4.1990 (BArch, DC 211/1). Vgl. Miriam Margraf, Nicht hier, nicht in der Heimat, vielleicht nirgendwo leben? Über die Befindlichkeit ausländischer Arbeiter in Dresden, in: Wir. Beilage zur Sächsischen Zeitung v. 23.3.1990, S. 1. Siehe auch die (Selbst-)Darstellung der Arbeitsgruppen und der Zielrichtung der Gruppe: o. Verf., Nationalitäten-RING für eine multikulturelle Gemeinschaft, in: aZet – Die alternative Wochenzeitung in Dresden v. 9.4.1990, S. 11.

38 Zur Scheune als Ort der frühen Vereinsarbeit sowie zu weiteren Untergruppen siehe die Veranstaltungsankündigungen in der Zeitschrift SAX – Das Stadtmagazin Nr. 1 (April 1990) und Nr. 3 (März 1990).

39 Sylvia Protze, Interessen (zu) breit gefächert, in: Sächsische Zeitung v. 16.11.1990, S. 8. Auch das folgende Zitat. Wahrscheinlich bezieht sich folgende Passage auf eine Dokumentation dieses Treffens durch den Ausländerrat und macht die Teilnehmerzahl und Motivation greifbar: „[...] wir] appellieren – ganz im Sinne des ersten Aufrufs zur gemeinsamen Arbeit im Jahre 1990: ‚Alle, die nicht nur traurig und wütend sein wollen über das, was mit Ausländern passiert, sollten lieber etwas tun.‘ Damals kamen 50 Menschen, die sich nicht kannten.“ (Ausländerrat Dresden e.V. [Hg.], Dokumentation 1992–1993, o. J., S. 4).

Teil des ursprünglich im Rahmen des RING stattfindenden Engagements aufgegangen, zumindest ist die Gruppe, wie auch Cabana, als Mitglied aufgeführt.⁴⁰ Die Vereinsarbeit widmete sich nach eigenen Angaben zu etwa 35 Prozent Klient*innen, die als Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge, sowie zu etwa 20 Prozent Klient*innen, die als ehemalige Vertragsarbeiter*innen Unterstützung suchten. Daneben plante, koordinierte und beteiligte sich der Ausländerrat an kulturellen und politischen Veranstaltungen.⁴¹

Außerdem seien die *Gewerbe- und Wirtschaftsbestände* der kommunalen Archive und des HStA Dresden erwähnt. Die Überlieferung der Betriebe und Kombinate ist hinsichtlich der ‚ausländischen Werk tätigen‘, für deren Einsatz und Unterbringung sie verantwortlich zeichneten, höchst unterschiedlich. Wo sie berücksichtigt worden ist, finden sich neben Lohn- und Einsatzlisten sowie Einsatzkonzeptionen auch Eingaben, die unter anderem auf konflikthafte Beziehungen zwischen DDR-Bürger*innen und Vertragsarbeiter*innen verweisen.⁴²

Im Umbruch nach 1989/90 entstand auch das Parlament des Staates Sachsen als eine maßgebende politische Institution neu.⁴³ Das Sprechen über ‚Ausländer‘ im *Sächsischen Landtag* ist v. a. in der oppositionellen Anfrage-Praxis dokumentiert. Beispielsweise sei das Plenarprotokoll der 73. Sitzung vom 14. Juli 1993⁴⁴ genannt, da hier das Inkrafttreten der Grundgesetzänderung und eine Große Anfrage der Linken Liste/PDS zur Situation der Ausländer in Sachsen debattiert worden sind. Insgesamt acht Treffer für die erste und zweite Wahlperiode (1990 bis 1999) liefert eine Suchanfrage im Dokumentationssystem edas für den Begriff ‚Regierungsabkommensarbeitnehmer‘ und ‚Regierungsabkommen‘. In Anträgen, Anfragen sowie den darauf bezugnehmenden Parlamentsdebatten wurden die Bedingungen für das Aufenthalts- und Bleiberecht von Vertragsarbeiter*innen, aber auch die Lebensbedingungen (v. a. für Vietnam) in den Herkunftsländern thematisiert.⁴⁵

Ferner lassen sich so Hinweise zur Schaffung der Stelle des *Sächsischen Ausländerbeauftragten* und ihrer Besetzung durch den Landtagsvizepräsidenten Heiner Sandig

40 Der Beschlussvorlage zur 47. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, 2.7.1992 TOP 8 Fortsetzung der Arbeit des Ausländerrat e.V. liegt eine entsprechende Konzeption des Ausländerrates bei, vgl. StA Dresden, Zwischenarchiv, Stadtverordnetenversammlung, Vorlage Nr. 1196-47-92, 19.5.1992.

41 Ausländerrat Dresden e.V. (Hg.), Dokumentation (wie Anm. 39), S. 5.

42 Z. B. Bestand des VEB Polypack im StA Dresden. 9130, AG Kartonagenindustrie, Sig. 9.1.30 – 1698, 1691, Bd. 1 und 2, 1614/1615.

43 Siehe zuletzt: Caroline Förster, Beamte, Politiker, Journalisten. Akteure und Erinnerung. Der Sächsische Landtag 1990–1994, Ostfildern 2017.

44 Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/73 vom 14.7.1993.

45 Drs 1/1196; DS 1/2106; Drs 1/2639; Drs 1/3111; Drs 1/3858; Drs 2/1996 und die Berichte des Ausländerbeauftragten: Drs 1/3111 und Drs 2/ 2675. Beim Eintrag des Suchwortes Gastarbeiter nur Eintrag Drs: 1/2116, sowie Kubanische Vertragsarbeiter 1/ 2685.

(CDU) finden.⁴⁶ Am 14. Mai 1992 wurde er auf Vorschlag seiner Partei berufen.⁴⁷ Neben den für den Untersuchungszeitraum relevanten Jahresberichten⁴⁸ konnte zusätzlich die Überlieferung im SLTArch eingesehen werden.

Im Bundesarchiv lagern die Akten der auf Vorschlag des Runden Tisches am 1. März 1990 berufenen *Ausländerbeauftragten beim Ministerrat der DDR*, Almuth Berger. Von besonderem Interesse sind die in den beiden Beständen „Einzelanliegen von DDR-Bürgern“ verwahrten Zuschriften.⁴⁹ Unter diesen lassen sich auch solche aus Dresden finden. Viele schriftliche Bekundungen mit völkischen und rassistischen Versatzstücken entsprechen inhaltlich den Zuschriften, wie sie später beispielsweise auch bei der kommunalen Ausländerbeauftragten oder dem Sächsischen Ausländerbeauftragten überliefert sind. Bemerkenswert sind allerdings ebenso frühe Hinweise auf die Situation der Vertragsarbeiter*innen sowohl durch sie selbst als auch durch Fürsprecher*innen sowie vereinzelt konkrete Hilfesuche – lokale Ansprechpartner*innen waren oft nicht bekannt oder die Ansprache auf ‚höherer Ebene‘ schien vielversprechender, etwa weil „in Dresden keine befriedigende Auskunft“⁵⁰ zu bekommen war. Häufig ist hinsichtlich der neuen Rechtssituation von einem Vakuum die Rede.

Was Archive auf nationaler Ebene betrifft, sind noch die Akten der *BStU* als ein wichtiger, besonders kritisch zu reflektierender Zugang zur Vertragsarbeit in der (späten) DDR zu erwähnen. Dabei handelt es sich um beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) entstandene Dokumente. Diese waren ggf. mit Unterlagen anderer Stellen angereichert und nur einem kleinen geschlossenen Kreis zugänglich, dabei jedoch häufig ohne Wissen und folglich Einverständnis der betroffenen Personen zustande gekommen. Hauptaugenmerk war die Sicherstellung staatlicher Interessen, was mit einer entsprechenden Perspektivnahme einherging, sodass die Darstellung von Vertragsarbeiter*innen, ihres Handelns und ihrer sozialen Netzwerke oft stigmatisierenden Zuschreibungen unterlag. Die Sachinhalte, welche von der BStU als „weitgehend zuverlässig“⁵¹ eingestuft

46 Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Drs 1/1632 Beschlussempfehlung des Innenausschusses vom 6.4.1992. Zwischenzeitlich hatte die Fraktion Bündnis 90/Grüne im Februar auch noch einen Gesetzesentwurf zur Einrichtung einer Landesbeauftragten für die Rechte der Ausländerinnen und Ausländer (Ausländerbeauftragte) in Sachsen eingebracht, vgl. Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Drs 1/1357.

47 Vgl. Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/43 vom 10.4.1992, Dr. Böttger, Bündnis 90/Grüne, S. 2890; Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 1/44 vom 12.5.1992, S. 2901f. Der nachfolgend aufgeführte Jahresbericht erläutert den Entscheidungsfindungsprozess zwar auch, geht auf die konfliktive Ausgangslage aber nicht ein.

48 Sächsischer Landtag, 1. Wahlperiode, Drucksache 1/3662, Mit Fremden leben lernen. Erster Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten Berichtszeitraum: 1. Juli 1992 bis 30. Juni 1993 vom 4.8.1993; Sächsischer Landtag, 2. Wahlperiode, Drucksache 2/0035, Recht, Humanität und Barmherzigkeit. Zweiter Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten vom 12.10.1994. Hierin ist dann auch das erst Ende Januar 1994 beschlossene Gesetz über den Sächsischen Ausländerbeauftragten abgedruckt, das seine Befugnisse und Aufgaben kodifizierte. Vgl. ebd., S. 8 ff.

49 BArch, Ausländerbeauftragte beim Ministerrat der DDR, DC 211/1, Einzelanliegen von DDR-Bürgern, auch sogenannte Schmutzbriefe, März – Mai 1990 und DC 211/4, Einzelanliegen von DDR-Bürgern und aus der Bundesrepublik, auch „feindliche“ Äußerungen, Mai – November 1990.

50 BArch, DC 211/4, Einzelanliegen, Brief einer Dresdnerin vom 1. Juli 1990.

51 <https://www.bstu.de/informationen-zur-stasi/bildung/materialien-fuer-den-unterricht/hinweise-zur-arbeit-mit-stasi-quellen/#c13075> [Aufruf am 13.7.2020].

wurden, vermitteln einen Eindruck, welche Themen und Orte im Laufe des Einsatzes von Vertragsarbeiter*innen relevant waren. Zugleich ermöglichen sie einen Zugang zur allgemeinen und lokalen Arbeits- und Bewertungspraxis. Gerade für die späten 1980er-Jahre sind sie auch Quelle für Ausgrenzung und Gewalt gegen ‚Ausländer‘. Im politisch-operativen Lagebericht der Hauptabteilung XVIII von September 1989 finden sich etwa folgende Informationen: quantitative Erhebungen zur „Einsatzgröße“, nach Ländern geordnete Einschätzung, aktuelle und zukünftige Entwicklungen, staatliche Interventionen (mögliche Öffentlichkeitsarbeit zum Thema „Ausländereinsatz in der DDR“), Engagement der Kirche, Beteiligung an den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, Darstellung der Probleme, z. B. Belastungen der Infrastrukturen und feindliche Begegnungen.⁵²

Während anhand der BStU-Akten bereits der gegen Ende der DDR sich häufende (gewaltsame) Ausschluss nachvollziehbar wird, ist die Frage nach der Überlieferung von Gewalt ein wichtiger Aspekt der Recherche gerade in der Folgezeit. Aussagen zur Gewalt gegen die ehemaligen Vertragsarbeiter*innen nach 1990 in Dresden und Umgebung befinden sich unter anderem im HStA Dresden. Dort lagern neben den *Akten der Staatsanwaltschaft*, die beispielsweise den Tod von Jorge Gomondai betreffen⁵³, auch Unterlagen der Polizeibehörden zu den mit seinem Tod in Verbindung stehenden neonazistischen Angriffen sowie antifaschistischen und solidarischen Demonstrationen und Gedenkaktionen.⁵⁴ Für viele Bestände, die bereits aus der Verwaltung an das Archiv abgegeben worden sind, ist jedoch noch offen, in welchem Umfang sie schließlich übernommen oder ob sie kassiert werden. Eine Verzeichnung/Erschließung, die Bedingung für die Zugänglichkeit der Akten ist, erfolgt aktuell nur punktuell. Für das Auffinden und die Einsichtnahme der Unterlagen sind darüber hinaus ein Antrag auf Kürzung der Schutzfristen und die Kenntnis des Aktenzeichens oder Täter*innennamens relevant. Der Name der Opfer ist für die Suchanfrage hingegen nicht ausschlaggebend.

52 Vgl. BStU, MfS, HA XVIII, Nr. 21632. Siehe Patrice Poutrus, Alles unter Kontrolle? Zur Bedeutung der BStU-Quellen für die zeithistorische Migrationsforschung, in: Jens Gieseke, Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 318-338. Weitere Beispiele: Aufgaben zum Poster für Schüler*innen: https://www.bstu.de/assets/bstu/de/Downloads/schulenausstellung_vertiefung-zum-poster_fremde-in-der-ddr.pdf [Aufruf am 8.7.2020]. Siehe auch Harry Waibel, Die braune Saat. Antisemitismus und Neonazismus in der DDR, Stuttgart 2017. Daneben finden sich für die Stadt Dresden/Bezirk Dresden Dienstabweisungen und Jahreseinschätzungen der Hauptabteilung XVIII (Volkswirtschaft). Ansonsten sind auch die Bestände der Bezirksverwaltung Dresden (im Folgenden: BV Dresden), der Hauptabteilung II (Spionageabwehr), der Hauptabteilung VI (Grenzkontrolle, Reise- und Touristenverkehr), der Hauptabteilung IX (Untersuchung), der Abteilung X (Internationale Verbindungen), der Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichtenwesen), der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), der Auswertungs- und Kontrollgruppe (BV Dresden, AKG), dem Büro der Leitung (BV Dresden, BdL) und der Kreisdirektion (KD-Dresden-Land) erwähnenswert.

53 Vgl. 13363 Staatsanwaltschaft Dresden, Az.: 24Js 4214/91.

54 Vgl. u. a. HStA Dresden: 13363 Staatsanwaltschaft Dresden, Sig. 5.1709 [Zg. 5, Nr. 1709.], 13257 Polizeidirektion Dresden, Nr. 3, 5 (1992) und 13365 Polizeipräsidium Dresden (1992).

4) Geschichten von Vertragsarbeiter*innen in Petitionen und lebensgeschichtlichen Erzählungen

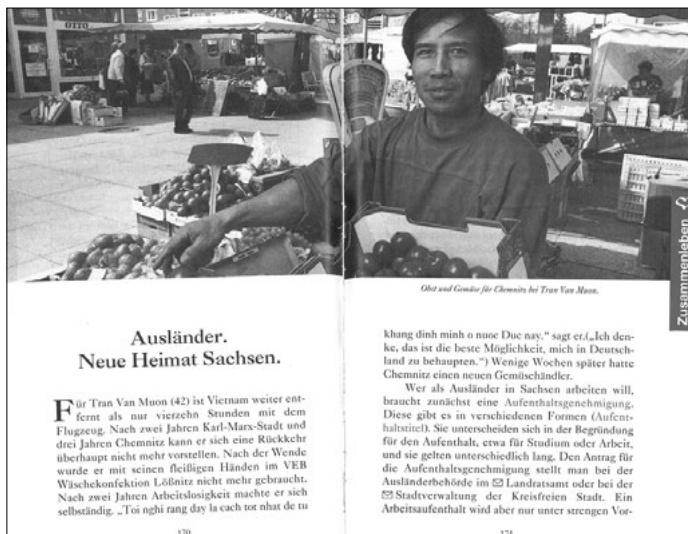
Für den Zeitraum zwischen 1991 und 1998 finden sich in den Handakten des Sächsischen Ausländerbeauftragten 43 überlieferte Einzelfälle und Petitionen ehemaliger Vertragsarbeiter*innen. Sie werden gegenwärtig aus dem Parlamentsarchiv an das HStA Dresden abgegeben. Sie geben nicht nur Einblick in die Arbeit des ersten Ausländerbeauftragten und der Verwaltung, sondern sind Selbstzeugnisse der ehemaligen Vertragsarbeiter*innen in diesem Zeitraum. Die in den Eingaben formulierten Anliegen hatten zum Ziel, nach Jahren der Duldung eine gesicherte, d. h. dauerhafte Bleibeperspektive zu erhalten. Sie stellten meist den letzten Schritt dar, nachdem z. B. Klagen in Asylrechtsverfahren keine Lösung brachten und/oder die Verweigerung der Fristverlängerung des Aufenthaltstitels wegen schon geringfügiger Vergehen, etwa dem Handel mit un versteuerten Zigaretten oder einer nur in Vietnam, nicht aber in Deutschland gültigen Fahrerlaubnis, drohte.

Die Petition, meist ein formloser, ein bis zwei Seiten umfassender Brief, enthält Eckpunkte der Biografie wie Geburtstag, Ausbildung, berufliche Stationen und aktuelle Lebenssituation der/des Petent*in. Am häufigsten reichten vietnamesische Männer zwischen 24 und 38 Jahren, die kurz vor dem Ende der DDR eingereist waren, ihre Anliegen ein; seltener nahmen Frauen diese Möglichkeit wahr. Den Schreiben ging meist eine biografische Skizze voran, die lebensweltlichen Veränderungen im Zuge der Transformation eine zentrale Bedeutung beimaß. So schilderte Herr N. rückblickend: „Mit der Vereinigung Deutschlands verlor ich meine Arbeit und zugleich die Unterstützung und Leitung durch die mit einem Dolmetscher und einem Gruppenleiter organisierte Wohn- und Arbeitsgemeinschaft [...]. Da ich der deutschen Sprache nicht mächtig war, habe ich viele Gesetze und Regelungen am Anfang nicht verstanden [...]. Durch den Aufbau meines Geschäfts habe ich Schulden bei Freunden und Verwandten in Deutschland, die ich in Vietnam nie zurückzahlen kann, wenn ich nun zurückkehren müßte.“⁵⁵ Sprachprobleme sowie Nachvollziehbarkeits- und Verständnisbarrieren hinsichtlich des neuen Ausländer-, Straf- und Zivilrechts verschärften den plötzlichen Verlust bisheriger Orientierungs- und Existenzgrundlagen. Oftmals rangen die Petent*innen nicht nur um ihr eigenes, sondern auch um das Bleiberecht ihrer Familien, wie Herr P.s Anliegen zeigt: „Wir haben uns in Deutschland gut eingelebt und in meiner Firma habe ich mich eingearbeitet. Ich beziehe für mich und meine Familie ein regelmäßiges Einkommen. Ich bitte Sie, sich dafür zu verwenden, daß meine Frau und mein Kind in Deutschland bleiben können und somit die Existenz meiner Familie nicht gefährdet wird.“⁵⁶ Im Gegensatz zur erwarteten Perspektivlosigkeit im Herkunftsland stand die bereits erarbeitete materielle Grundlage: „Wenn ich zurückkomme nach Mocambique, habe ich dort weder Arbeit noch Wohnung zu erwarten. Das alles habe ich hier in Deutschland. Meine Wohnungseinrichtung kann ich nicht mitnehmen, außerdem könnte ich einen Transportcontainer

55 SLTArch: Petition 9. Juli 1996, Nr. 380/9/1880/02/03218/8.

56 SLTArch: Petition 31. Januar 1995, Nr. 380/0/1880/02/00555/8.

auch nicht bezahlen.“⁵⁷ Gleiches galt auch für die Familie von Herrn T.: „Wir fallen doch keinem Menschen zur Last. Wenn wir nach Vietnam zurückkommen, haben wir eine ganze Menge Probleme vor uns. Zuerst haben wir keine Wohnung in Vietnam. Auf jeden Fall bekommen wir keine Arbeit.“⁵⁸ Nicht nur die gemutmaßte Situation bei ihrer Rückkehr spielt bei der Begründung, in Deutschland bleiben zu wollen, eine Rolle, sondern auch die Erfüllung impliziter Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft. Vielfach wird die gesellschaftliche Zugehörigkeit über eine formale Anpassung an ein vermutetes oder erwartetes mehrheitsgesellschaftliches Idealbild des unauffälligen, arbeitenden und nicht dem deutschen Sozialsystem zur Last fallenden ‚Migranten‘ artikuliert.



Ausländer. Neue Heimat Sachsen.

Für Tran Van Muon (42) ist Vietnam weiter entfernt als nur vierzehn Stunden mit dem Flugzeug. Nach zwei Jahren Karl-Marx-Stadt und drei Jahren Chemnitz kann er sich eine Rückkehr überhaupt nicht mehr vorstellen. Nach der Wende würde er mit seinen fleißigen Händen im VEB Wäschekonfektion Löbnitz nicht mehr gebraucht. Nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit machte er sich selbständig. „Toi nghi rang day la cach tot nhât de tu

khàng dinh minh o nuoc Due nay.“ sagt er. („Ich denke, das ist die beste Möglichkeit, mich in Deutschland zu behaupten.“) Wenige Wochen später hatte Chemnitz einen neuen Gemischtwandler.

Wer als Ausländer in Sachsen arbeiten will, braucht zunächst eine Aufenthaltsgenehmigung. Diese gibt es in verschiedenen Formen (Aufenthaltskarte). Sie unterscheiden sich in der Begründung für den Aufenthalt, etwa für Studium oder Arbeit, und sie gelten unterschiedlich lang. Den Antrag für die Aufenthaltsgenehmigung stellt man bei der Ausländerbehörde im Landratsamt oder bei der Stadtverwaltung der Kreisfreien Stadt. Ein Arbeitsaufenthalt wird aber nur unter strengen Vor-

Zusammenleben

Abb. 2
Doppelseite aus dem „Bürgerbuch Sachsen“, 1993 (Sächsische Staatskanzlei [Hg.], Bürgerbuch Sachsen, Dresden 1993, S. 170-171, Foto: Jürgen Jeibmann).

Neben dem Anschreiben finden sich mitunter Solidaritätsbekundungen, Weihnachtskarten, Arbeitsverträge, Fotografien, Geburtsurkunden, medizinische Gutachten, Aufenthaltsbewilligungen, Einbürgerungsnachweise, auch Strafbefehle, Ausweiskopien und Führungszeugnisse. Die Zusammenstellung und Auswahl könnte einen Hinweis darauf geben, welche Nachweismittel als ‚Legitimitätsbeweis‘ vermutet wurden. Nicht immer sind sie von den Petent*innen so eingereicht worden; der Ausländerbeauftragte konnte durch Amtshilfeersuchen ebenfalls weitere behördliche Dokumente anfordern und die Handakte damit anreichern. Während die Petitionen keine generellen Aussagen über die Lebenswege nach 1989 erlauben, bilden sie eine der wenigen schriftlichen Überlieferungen von Vertragsarbeiter*innen aus dieser Zeit. Der Sache nach sind solche Petitionen zudem Zeugnisse besonders prekärer Lebenslagen und nur dann entstanden, wenn über dieses Verfahren überhaupt Kenntnis bestand. Die Absender*innen stammten vorwiegend aus Groß- und Mittelstädten wie Chemnitz, Leipzig, Dresden

57 SLTArch: Petition 15. August 1991, Nr. 380/3/1880/01/00678/2.

58 SLTArch: Petition 28. Februar 1992, Nr. 380/4/1880/91/01354/2.

und Zittau, aber in wenigen Fällen auch aus Kleinstädten wie Waldheim und Glashütte. Möglicherweise etablierten sich vor allem in Großstädten solidarische Infrastrukturen, wie die Petitionen von Betrieben, kirchlichen Einrichtungen oder Interessenverbänden nahelegen. Denkbar wäre auch, dass die Information über diese Form der Intervention über bestehende soziale Netzwerke an die Betroffenen gelangte, wie es individuell eingesandte, in Form und Inhalt jedoch identische Schreiben nahelegen.⁵⁹ Aus den wenigen Petitionen von Frauen geht hervor, dass diese, vor allem, wenn sie Kinder hatten, sich mit einer noch komplizierteren Situation konfrontiert sahen. So schrieb Frau S.: „Nach der Wende kam mein Schicksal [...]. Ich war arbeitslos. In diese[r] Zeit habe ich [mir] immer Mühe gegeben, um eine Arbeit selbst zu suchen. Aber das war sehr schwer für mich. Da ich in diese[r] Zeit schwanger war. Mein jüngstes Kind wurde am 03.8.93 [...] geboren. Am 17.04.94, dem Stichtag für den Nachweis der Voraussetzungen für eine Aufenthaltsbefugnis war unser Kind erst 8 Monate alt und ich konnte nicht arbeite[n], da ich das kleinste Kind zu Hause betreute.“⁶⁰

Neben der Sondierung archivalischer Quellen für migrantische Transformationserfahrungen ist außerdem gegenwärtig erhobenes Material einzubeziehen. Im Rahmen des Projektes „Umbruchserfahrungen. Gesellschaftlicher und biografischer Wandel nach 1989 in Ostdeutschland“ entstanden bisher vier teilstrukturierte narrative Interviews, die entweder zu Hause, im beruflichen Umfeld oder an Orten migrantischer Selbstorganisation (Afropa e.V.) geführt wurden. Die Gesprächspartner*innen kamen aus Mosambik und Vietnam und waren Anfang oder Ende der 1980er-Jahre in die DDR eingereist, um eine Berufsausbildung abzuschließen. Die Interviews erfolgten ausschließlich mit ‚geübten‘ Erzähler*innen, die bereits Bücher über ihre Lebensgeschichte geschrieben hatten, in Ausstellungen präsent oder für andere journalistische Formate befragt worden waren. Die Nennung des Klarnamens kann in diesen Fällen deshalb erfolgen, wird sogar gewünscht. Obwohl auf Multiplikator*innen zurückgegriffen werden konnte, die Kenntnisse und soziale Kontakte durch jahrelange Verbindungen aufgebaut hatten, bleibt das Auffinden von Interviewpartner*innen ein Problem. Daher fehlen für den Nachvollzug biografischer Widersprüche oder Unebenheiten die notwendigen Wissenskontexte. Stattdessen formulierten in den etwa ein- bis anderthalbstündigen Interviews die Gesprächspartner*innen ihre Lebensgeschichte eher verknappend.

Drei Aspekte der Transformation lassen sich aus den Interviews herausarbeiten: die biografische (individuelle) Entwicklung, der Individualblick auf den Umbruchsprozess und die (post-)migrantische Situation. Oft begannen die Interviews mit dem Blick zurück in das Herkunftsland: Wie war die Situation dort und welche Entscheidungen führten dazu, in die DDR zu gehen? Für das Verständnis des Gesagten ist es daher unerlässlich, die gesellschaftspolitische Situation der jeweiligen Herkunftsländer zum Zeit-

59 Zum Aufsuchen von organisierten Unterstützungsangeboten bzw. anderer Hilfenetzwerke vgl. Gemeinde, MigrantInnen in Dresden (wie Anm. 10), S. 123 f. Siehe hinsichtlich des Faktors Religion auch Wundt, Vom Delegierten der sozialistischen Moderne (wie Anm. 15), S. 14. Der Ausländerrat (S. 5) weist auf vietnamesische Mitarbeiter*innen als wichtige Kontaktperson hin. Vgl. Ausländerrat Dresden e.V. (Hg.), Dokumentation (wie Anm. 39), S. 5.

60 SLTArch: Petition 15. Dezember 1996, Nr. 380/11/1880/02/03849/8.

punkt ihrer Ankunft in der DDR zu kennen. Einen besonders sensiblen Umgang mit den Interviewten erforderte vor allem das Wissen, dass in Vietnam und Mosambik noch oder gerade erst Krieg geführt worden war.

Die interviewten Frauen begannen ihren Bericht mit einem Rückblick auf die Gewalterfahrungen nach 1990. Olga Macuacua etwa berichtet über die ständige drohende Gewalt, die ggf. selbst zum vermeintlichen Argument der Diskriminierung geriet: „Als wir eingezogen sind, haben die Nachbarn gesagt: ‚Nee, wir wollen keine Ausländer hier. Wir wollen keine Asylanten hier. [...] Wir wollen keine Brandstifter wegen denen.‘“⁶¹

Mehr oder weniger ausführlich gingen die Interviewten auf die Lebens- und Arbeitssituation in der DDR ein. Über die Anwerbungs-, Herrschafts- und Disziplinierungspraxis in der DDR gegenüber den Vertragsarbeiter*innen berichteten sie sehr unterschiedlich. Ein Ausdruck davon ist das auch heute noch ambivalente Verhältnis zur DDR. So berichtete Caothe Hung von einer Jubiläumsfeier zum 40. Jahrestag der Einreise einer Gruppe vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen in die DDR. In den Erzählungen wird durch die Interviewten für die Zeit zwischen dem November 1989 und Oktober 1990 vor allem die drohende Arbeits- und Obdachlosigkeit sowie erlebte neonazistische Gewalt thematisiert. Sie sprechen weder über Runde Tische, das Neue Forum, die Montagsdemonstrationen, die ikonischen Bilder aus Dresden (Besuch Helmut Kohls im Dezember 1989) oder den Fall der Berliner Mauer. Auf Nachfrage erzählt Olga Macuacua, dass sie zum ersten Mal durch ihren Betreuer von den politischen Ereignissen gehört hatte. Sie wäre gern auf eine der zahlreichen Demonstrationen gegangen. Jedoch erinnert sie sich an folgende Warnung: „Wenn du teilnehmen willst, kann das sein, dass man dich sofort in ein Flugzeug reinsteckt, und dann fliegst du sofort nach Hause.“⁶² Eine wichtige Frage zur Einschätzung der Transformationsprozesse war, ob die Interviewten die neuen Verhältnisse als persönliche Chance oder als Begrenzung begriffen; hierbei spielt der Vergleich mit der biografischen Erfahrung aus dem Herkunftsland bzw. das Herkunftsnarrativ eine zentrale Rolle.⁶³

61 ISGV: Interview Olga Macuacua, November 2019, Lebensgeschichtliches Archiv (im Folgenden: LGA) Projekt 92. Zu dem in den Interviews zum Ausdruck kommenden Verhältnis der Erfahrung und Erinnerung bzw. Benennung von Rassismus und Gewalt vor und nach dem Ende der DDR siehe Anna Ransiek, Anders-Sein in der DDR – Narrative Bezüge nach der Transformation, in: Elisa Goudin-Steinmann/Carola Hähnel-Mesnard (Hg.), Ostdeutsche Erinnerungsdiskurse nach 1989. Narrative kultureller Identität, Berlin 2013, S. 79-95. Das Phänomen einer Zäsurerzählung hinsichtlich Rassismus vor/nach 1989/90 ist erst anfänglich erschlossen, vgl. auch Bernd Wagner, Rechtsradikalismus in der Spät-DDR. Zur militant-nazistischen Radikalisierung. Wirkungen und Reaktionen in der DDR-Gesellschaft, Berlin 2014, S. 184, hier FN 651. Zur Verklärung seitens der Mehrheitsgesellschaft siehe Gerd Sebald/Rene Lehmann, „Da war plötzlich alles nicht mehr gut, was mal gut war.“ Die DDR und ostdeutscher Rechtsradikalismus zwischen Diskurs und Familiengedächtnis, in: Hanna Haag/Pamela Heß/Nina Leonhard (Hg.), Volkseigenes Erinnern. Die DDR im sozialen Gedächtnis, Wiesbaden 2017, S. 61-83. Maria Alexopoulou macht die gleichen Beobachtungen in Interviews mit ‚Gastarbeitern‘ aus der Bundesrepublik und erklärt sie mit der mangelnden sprachlichen Verfügbarkeit im bundesdeutschen Diskurs, vgl. Alexopoulou, ‚Ausländer‘ – A Racialized Concept? (wie Anm. 11), S. 59.

62 ISGV: Interview Olga Macuacua, November 2019, LGA, Projekt 92.

63 Vgl. Mende, Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen (wie Anm. 12).

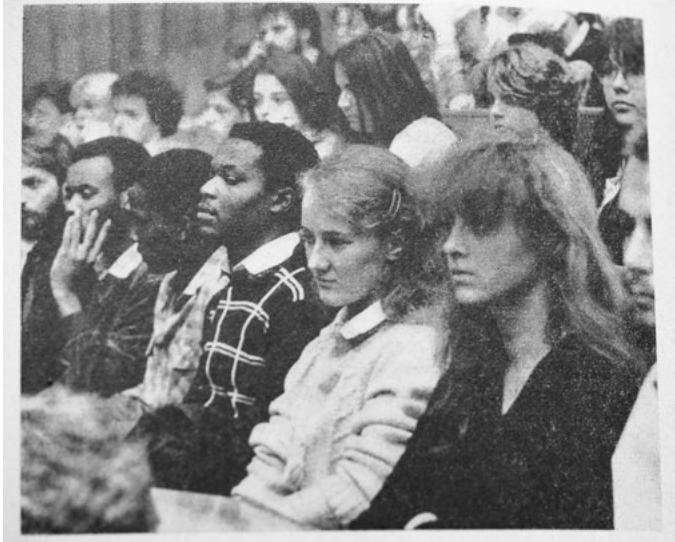


Abb. 3
Student*innen der
Abendschule (Abschluss
Polytechnische Oberschule),
darunter Morgado-Vasco
Muxlhanga (Lehrprogramm
der Volkshochschulen,
Betriebsakademien
und weiterer Bildungs-
einrichtungen Dresden-
Stadt, Herbstlehrabschnitt
1986/87, unbekannte/r
Urheber/in).

Trotz der vielen Rückschläge und Gewalterfahrungen werden auch immer wieder positive Sozialbezüge und weiterhin die eigene Entwicklung als Errungenschaft in die Erzählung eingeflochten. Beide Erfahrungen prägen besonders das ‚Heute‘. Vor allem ist die Eigeninitiative, ob in Form einer weiteren Berufsausbildung oder als ökonomische Selbstständigkeit, zentrales Erzählmoment. „Ohne Unterstützung von der Botschaft. Ohne Unterstützung der Behörde. Wir mussten alles selber, selbstständig machen.“⁶⁴ Souveränität und Stolz auf das Erreichte spielen in allen Interviews eine große Rolle. Das liegt maßgeblich auch an dem Zuschnitt der Interviews, die nur mit Menschen geführt wurden, die zu den 30 Prozent (1991) der in Dresden Verbliebenen gehörten und damit über relative Erfolgserzählungen überhaupt verfügten. Eine solche Herangehensweise blendet andere Geschichten wie auch die Spuren, die ehemalige Vertragsarbeiter*innen in Dresden hinterließen, und die Erfahrungen, welche sie aus der DDR in ihre Herkunftsländer mitnahmen, aus.⁶⁵

Ein in den bisher geführten Interviews nicht auftretendes, generell jedoch nicht zu vernachlässigendes Problem stellt die Interviewsprache dar. Welche Auswirkungen die Differenz von Mehrheits- und Muttersprache für die Aussagen, insbesondere für die Interviewpartner*innen, hat, muss reflektiert werden. So ist für weitere Befragungen zu überlegen, wie beispielsweise partizipative und/oder nicht-sprachliche Ansätze ge-

64 ISGV: Interview Caothe Hung, November 2019, LGA, Projekt 92.

65 Vgl. Kim Christian Priemel, *Transit | Transfer. Zur Einführung*, in: Ders. (Hg.), *Transit | Transfer. Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990*, Berlin 2011, S. 7–24, hier S. 10. Vgl. Mende, *Lebensrealitäten der DDR-Arbeitsmigrant_innen* (wie Anm. 12), S. 115. Siehe jüngst Marcia C. Schenck, *A Chronology of Nostalgia: Memories of Former Angolan and Mozambican Worker Trainees to East Germany*, in: *Labor History* 59 (2018), Nr. 3, S. 352–374.

staltet werden können.⁶⁶ Denkbar wären der Ansatz einer Übersetzungsbegleitung und der verstärkte Einsatz von Kartenmaterial, Fotografien, Musik und Zeichnungen. Ein weiterer, das Verständnis beeinflussender Faktor ist die generationelle und kulturelle Differenz, die unbewusst ‚eigene‘ und ‚fremde‘ Kontexte bei der Interviewführung und die Deutung des Gesagten beeinflusst.

So verweisen die vielstimmigen Erzählungen auf die Verschiedenheit individueller Erfahrungs-, Erinnerungs- und Erwartungsräume. Als zeitlich distanzierte Quelle, die subjektive Wahrnehmungs- und Handlungsstrategien veranschaulicht, ist das Interview auch Chance auf Selbstaneignung von Geschichte, indem die Sicht auf historische Prozesse kommentiert wird und damit der Zugang zu den „hinter den Handlungen liegenden Vorstellungen, Wahrnehmungen, Werten und Normen“⁶⁷ geschärft wird.

Ausblick

Der vorangegangene Bericht konnte unter Heranziehung staatlich-administrativer und zivilgesellschaftlicher Überlieferung sowie individueller Erinnerungs-Erzählungen beispielhaft aufzeigen, wie die Migrationsgeschichte ehemaliger Vertragsarbeiter*innen aus der Umbruchszeit um und nach 1989/90 Bruchlinien und sonst weniger sichtbare oder gänzlich unsichtbare Felder der Transformation konturiert. Da sich die schriftliche Überlieferung unterschiedlich umfangreich bzw. ertragreich darstellt, kommt den in der Gegenwart erhobenen Erzählungen der Vertragsarbeiter*innen eine besondere Relevanz zu. Sie deckt sich mit dem häufig bekundeten Bedürfnis, die eigene Lebensgeschichte hörbar zu machen – sowohl öffentlich als auch innerhalb der Communities und Familien. Nicht zuletzt sind die so artikulierten Umbruchserfahrungen der Vertragsarbeiter*innen ein wichtiger Teilaspekt der aktuellen Aushandlung von Transformationsfolgen und dem Selbstverständnis Deutschlands als Migrationsgesellschaft.⁶⁸

Der Werkstattbericht stellt grundlegende lokale Zugänge zu einer Migrationsgeschichte nach 1989/90 am Beispiel der Vertragsarbeiter*innen dar. Damit benennt er gleichzeitig noch offene Frage- und Aufgabenfelder. Diese bestehen mit Blick auf die erhobenen lebensgeschichtlichen Narrationen in einer Verbreiterung des empirischen Materials, um schließlich zu weitergehenden Analysen gelangen zu können. Zu verbrei-

66 Vgl. Lisa Hellriegel, Tagungsbericht: Achstes Netzwerktreffen-Oral History 2020, 27.2.2020 – 28.2.2020 Hamburg, in: H-Soz-Kult, 17.4.2020, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8726> [Aufruf am 6.7.2020]. Siehe auch Wundt, Vom Delegierten der sozialistischen Moderne (wie Anm. 15), S. 120 ff., die von dem Interview vorangestellten Entschuldigungen bzw. Selbstbeschränkungen durch Interviewpartner*innen berichtet, die sie mit dem Grad der Verfügbarkeit der deutschen Sprache begründen.

67 Marketa Spiritova, Narrative Interviews, in: Christine Bischoff/Karoline Oehme-Jüngling/Walter Leimgruber (Hg.), Methoden der Kulturanthropologie, Bern 2014, S. 117-130, hier S. 117.

68 Zum Gegenwartsbezug der Erzählungen siehe Uta Bretschneider, Individuelle Umbruchserfahrungen und Transformationsgeschichte(n), in: Zeitgeschichte-online, März 2019, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/individuelle-umbruchserfahrungen-und-transformationsgeschichten> [Aufruf am 6.7.2020].

tern wäre auch der Blick darauf, welche Personen und Gruppen als ‚Ausländer‘ in der Umbruchsgesellschaft lebten. Hier unterschieden sich nicht nur Lebenswege und Selbstverständnisse. Auch die Wahrnehmung und Deutung durch die Mehrheitsgesellschaft in einem stark medial vermittelten und dabei diffusen Themenfeld ist zu beachten, d. h. in den 1990er-Jahren insbesondere die Verflechtung ‚Ausländer/Asyl/Flüchtlinge‘.⁶⁹ So ertragreich, da dicht, der lokale Zugriff auch ist, wäre auch der Untersuchungsrahmen zu weiten. Stellte sich die Situation in anderen Städten oder ländlichen Räumen ähnlich dar oder gab und gibt es regionale Spezifika? In dieser gedanklichen Linie wäre auch über die DDR und das vereinigte Deutschland hinauszugehen. Das Phänomen Vertragsarbeit in sozialistischen Staaten war keineswegs auf die DDR beschränkt; es wurde spätestens nach dem Ende der Grenzregime des Kalten Krieges endgültig transnational.⁷⁰ Im Umkehrschluss wäre zu fragen, wie sich diese Entwicklungen schließlich lokal nachvollziehen lassen. Zunächst bescheidet sich der Bericht jedoch damit, einen Teilaspekt einer bis dato ungeschriebenen lokalen Migrationsgeschichte grundlegend darstellbar gemacht zu haben.⁷¹

69 Vgl. Georg Ruhrmann u. a., *Das Bild der Ausländer in der Öffentlichkeit. Eine theoretische und empirische Analyse zur Fremdenfeindlichkeit*, Opladen 1995, S. 59. Siehe auch Tim Wolfgarten, *Bilder mit Impact. Eine Analyse zur Diskursmächtigkeit von Bildern aus Themenausstellungen zu Migration*, in: *Visual History*, 29.6.2020, <https://visual-history.de/2020/06/29/bilder-mit-impact/> [Aufruf am 6.7.2020].

70 Vgl. Alena K. Alamgir, ‚Inappropriate Behavior‘. Labor Control and the Polish, Cuban and Vietnamese Workers in Czechoslovakia, in: Marsha Siefert (Hg.), *Labor in State-Socialist Europe after 1945. Contributions to Global Labor History*, Budapest 2020, S. 99-119; Gertrud Hüwelmeier, *From Contract Workers to Entrepreneurs – Gender and Work Among Transnational Vietnamese in East and Reunited Germany*, in: Joanne Miyang Cho/Douglas T. McGetchin (Hg.), *Gendered Encounters between Germany and Asia. Transnational Perspectives since 1800*, Cham 2017, S. 275-290. Siehe auch Petr Lozoviuk, „Zwischen Dresden und Prag liegt Vietnam“. Die Vietnamesen im sächsisch-tschechischen Grenzland, in: *Volkskunde in Sachsen* 22 (2010), S. 216-239.

71 Vgl. Swen Steinberg, *Kommen – Gehen – Bleiben. Aspekte einer ungeschriebenen Dresdner Migrationsgeschichte*, in: *Dresdner Hefte* 2015, Nr. 3, S. 9-18.